

UN-Menschenrechtsrat fordert Israel ultimativ zum Rückzug aus der Westbank auf

Unter Verweis auf Artikel 49 der Genfer Konvention hat der von drei Mitgliedern verfasste Bericht des UN-Menschenrechtsrats (UNHCR) in Genf am 28. Januar 2013 Israel zum sofortigen und bedingungslosen Abbau aller rund 250 israelischen Siedlungen aus den besetzten Gebieten aufgefordert. Außerdem müsse Israel einen Stopp aller Siedlungsaktivitäten erklären. Die schleichende Annexion würde die Schaffung eines territorial zusammenhängenden und lebensfähigen palästinensischen Staates verhindern und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung untergraben. Durch die Siedlungspolitik würden sehr viele Menschenrechte der Palästinenser verletzt. Die Kommission drohte mit der Einschaltung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, sollte Israel den Forderungen nicht nachkommen, und rief alle Mitglieder des UNHCR auf, die notwendigen Maßnahmen gegen Geschäftsunternehmen zu ergreifen, die in den palästinensischen Gebieten tätig sind und / oder unter ihrer Jurisdiktion stehen. Der Bericht soll am 18. März dem 47-köpfigen UNHCR vorgelegt werden.

Israel hatte den Kommissionsmitgliedern die Einreise in die Westbank verwehrt. Die palästinensische Politikerin Hanan Ashrawi begrüßte den Bericht und kündigte weitere diplomatische Schritte an, um den Status Palästinas zu konsolidieren. Das israelische Außenministerium wies den Bericht als kontraproduktiv zurück und forderte von den Palästinensern die Rückkehr an den Verhandlungstisch.
